

FREIE  
BAUERN



**Bundestagswahl 2025: Jetzt werden die Karten neu gemischt / Zukunftskommission ist Abgesang auf eine gescheiterte Agrarpolitik / Abbau von Agrarsubventionen nur, wenn der Außenschutz stimmt / Proteste gegen den Abschluss des Mercosur-Abkommens / Stellungnahme zum Verordnungsentwurf zur Umsetzung Artikel 148 / Maria Furtwengler hetzt gegen die Landwirtschaft / Wolfsattacke auf dem Hof von Peter Guhl / Stellungnahme zum Entwurf für Niedersächsisches Agrarstrukturgesetz / Gutachten zum Moorschutz: Vernässung und Grünlandnutzung schließen sich nicht aus / Euro Tier 24: DLG verabschiedet sich von der Landwirtschaft / Volles Programm für den Winter / 500 Jahre Bauernkrieg am 20. März in Frankenhausen ...**

**FREIE BAUERN Deutschland****Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz

Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201

kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

**Bundesvertretung**

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm

Stellv. Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen

Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen

Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

**Bundesgeschäftsstelle**

Referent für Politik und Medien:

Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de

Referentin für Fachthemen und Kommunikation:

Frieda Salzwedel, Telefon 0174-1801177, frieda.salzwedel@freiebauern.de

Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:

Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Referent für Projektmanagement:

Fokko Schumann, Telefon 0160-8091894, fokko.schumann@freiebauern.de

Referent für Rechtsangelegenheiten:

Stephan Stiletto, Telefon 0221-9558287-0, freiebauern@ra-stiletto.de

**Landesvertretung Brandenburg**

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Stellv. Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue

Weitere Mitglieder: Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon,

Dirk Schulze, Frank Michelchen, Matthias Kurth, Reinhard Benke

**Landesvertretung Niedersachsen**

Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen OT Höperhöfen

Stellv. Landessprecher: Henrik Meyer, 31234 Edemissen OT Blumenhagen

Weitere Mitglieder: Heiko Bockelmann, Christian Müller, Jens Soeken, Heiko Wehrendt

**Landesvertretung Baden-Württemberg**

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Stellv. Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach

Weitere Mitglieder: Christine Knobloch-Hiller, Andreas Schmid, Anton Abele

**Landesvertretung Sachsen-Anhalt**

Landessprecher: Frerk Arfsten, 39593 Havelberg OT Müggenbusch

Stellv. Landessprecherin: Petra Wolter-Klußmann, 39343 Ingersleben OT Eimersleben

Weitere Mitglieder: Thomas Wahren, Christoph Plötze, Malte Ehrenberg, Georg Scheuerle, Andreas Knieling, Paula Synde



## **Bundestagswahl 2025: Unsere Proteste waren der Anfang vom Ende der Ampel, jetzt werden die Karten neu gemischt ...**

Liebe Berufskollegen,

die aktuellen Proteste sind überschaubar. Kein Vergleich mit der Massenbewegung im vergangenen Winter, wo der Agrardiesel den Berufsstand einte und ein überschaubares Ziel in greifbare Nähe rückte. Heute steckt uns dieser lange Winter ohne Pause in den Knochen und der Frust darüber, dass nicht einmal diese eine Forderung durchgesetzt werden konnte. Mit dem Abschluss des Mercosur-Abkommens hat die Bundesregierung jetzt auch noch den letzten der drei Punkte deutlich vorangebracht, gegen die wir 2019 auf die Straße gegangen sind: Düngeverordnung, Insektenpaket, Mercosur – war denn alles umsonst? Diese Frage stellen sich viele.

Ich möchte dafür plädieren, nicht ganz so schwarz zu sehen. Die Demonstrationen haben überdeutlich gezeigt, dass wir großen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Öffentliche Meinung und veröffentlichte Meinung über die Landwirtschaft klaffen auseinander. Das ist auch der Grund dafür, dass die Bauernproteste des vergangenen Winters der Anfang vom Ende der Ampel waren – die öffentliche Unzufriedenheit, die wir als erste auf die Straße brachten, ließ sich nicht mehr einfangen seitdem und nahm weiter zu. Jetzt werden die Karten neu gemischt, die Bundestagswahl wird veränderte Kräfteverhältnisse bringen und neue Chancen für uns als parteipolitisch völlig unabhängige bäuerliche Berufsorganisation.

Chancen hatten wir uns allerdings auch schon bei der Ampel ausgerechnet ... und am Ende war die FDP ein Totalausfall, während die Grünen sich nach und nach all ihrer sympathischen Programmpunkte entledigten. Kartellrechtsreform, Vertragspflicht und Herkunftskennzeichnung waren plötzlich nicht mehr wichtig, Freihandel mit Brasilien und der Ukraine waren nachhaltig und als grüne Handschrift blieb das übrig, was die Grünen schon immer am besten konnten: Auflagen und Verbote. Cem Özdemir sind wir wohl los, andererseits will keiner Julia Klöckner wiederhaben. So ist die größte Sorge derzeit, dass alles so bleibt, wie es ist, durch Neuauflage der Großen Koalition oder noch gruseligere Schwarz-Grün.

Vielleicht ist die Sorge unbegründet, Klöckner ist ja inzwischen woanders und die Union hat sich bereits auf einen Kandidaten für das Bundeslandwirtschaftsministerium festgelegt, den bayerischen Bauernverbandspräsidenten Günther Felßner. Ist es naiv, anzunehmen dass Felßner etwa seine bisher vehement vorgetragene Gegnerschaft zum Mercosur-Abkommen in die Waagschale werfen und damit eine deutsche Zustimmung im Ministerrat verhindern wird? Gewissermaßen als Signal dafür, dass die Union in der Landwirtschaft verlorenes Vertrauen zurückgewinnen will? Ich hätte diese Hoffnung gerne und bitte alle, die in der vom Bauernverband betriebenen engen Verflechtung zwischen Verband und Partei einen guten strategischen Ansatz sehen, das Agieren von Felßner sehr genau zu beobachten. Vielleicht werden wir positiv überrascht – um der Sache willen würde mich das freuen.

Dennoch halte ich es strategisch für den erfolgsversprechenderen Ansatz, sich als Berufsorganisation nicht an eine Partei zu binden, statt dessen unabhängig mit starken Argumenten und fachlicher Expertise zu versuchen, in alle Parteien hineinzuwirken und dabei flexibel die

Themen zu spielen, wo jeweils die größten Durchsetzungschancen gesehen werden. Auch für diese in meinen Augen realistische Herangehensweise dürften sich nach der Bundestagswahl die Bedingungen verbessern: Jede neue Bundesregierung wird durch wahrscheinlich erstarkte Opposition links und rechts unter enormem Druck stehen, konkrete Ergebnisse zu produzieren, jede ernsthafte Opposition wiederum wird versuchen, sich stärker inhaltlich zu profilieren, was teilweise jetzt schon feststellbar ist. Den großen Rückhalt in der Bevölkerung umzumünzen in berufspolitische Erfolge, dazu brauchen wir weiterhin eine klare Linie und ausdauernde Arbeit, wovon Ihr Euch in diesem Heft wieder überzeugen könnt.

Und noch etwas: Verglichen mit anderen Branchen steht die Landwirtschaft, stehen insbesondere unsere bäuerlichen Familienbetriebe noch stabil da in der Krise. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden absehbar unsicherer. Als Betriebe bieten wir Versorgung mit überlebenswichtigen Gütern, als Berufsorganisation bieten wir Stabilität. Die Nachfrage wird steigen. Ich wünsche Euch eine gute Wahl und uns allen ein besseres 2025!

*Euer Alfons Wolff (Bundessprecher der FREIEN BAUERN)*

## **FREIE BAUERN sehen Zukunftskommission Landwirtschaft als Abgesang auf eine gescheiterte Agrarpolitik**

(26.11.2024) Die FREIEN BAUERN haben das erneute Bekenntnis von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zur Zukunftskommission und ihren strategischen Leitlinien als „Abgesang auf eine gescheiterte Agrarpolitik“ bezeichnet. „Der Abschlussbericht der Zukunftskommission unterstellt der deutschen Landwirtschaft, ökologische Kosten von jährlich 90 Milliarden Euro zu verursachen“, kritisiert der stellvertretende Bundessprecher der FREIEN BAUERN Marco Hintze die zentrale Aussage des Gremiums: „Dem steht eine Bruttowertschöpfung von rund 30 Milliarden Euro gegenüber, so dass man sich schon die Frage stellen muss, welche Existenzberechtigung die Landwirtschaft in dieser fragwürdigen Argumentationskette überhaupt noch hat.“ Die Kommission war 2019 von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Beschwichtigung der ersten großen Bauernproteste einberufen worden, erinnert der 52jährige Rindermäster aus dem brandenburgischen Krielow: „Dass ein grüner Minister darin noch vier Jahre später einen wichtigen Kompass für künftige Bundesregierungen zu erkennen meint, zeigt leider, wie weit die herrschende Agrarpolitik nach wie vor von der Realität entfernt ist – und welche Geringschätzung sie unseren bäuerlichen Betrieben entgegenbringt.“

Wesentliche Inhalte des Abschlussberichts der Zukunftskommission seien neben der unglaublichen Schuldzuweisung an die heimische Landwirtschaft die daraus abgeleiteten Forderungen nach einer grundlegenden Transformation und nach umfangreichen öffentlichen Mitteln dafür, fasst Hintze weitere Kritikpunkte zusammen: „Wir wollen unsere gesunden Betriebe aber gar nicht transformieren, vor allem nicht mit Geld, das der Staat ohnehin nicht mehr hat.“ Die FREIEN BAUERN hätten deshalb als einzige landwirtschaftliche Berufsvertretung das Dokument nicht unterzeichnet – während Bauernverband, DLG, LSV, BDM und AbL sich fragen lassen müssten, was sie mit ihrer Zustimmung bezwecken.

„Unsere Landwirtschaft braucht jedenfalls keine Selbstfindungskreise, Zukunftskommissionen oder Gesellschaftsverträge, sondern endlich einen echten Kurswechsel in der Agrarpolitik, konkrete Entscheidungen zugunsten unserer Betriebe“, so Hintze. So dürfe die neue Bundesregierung etwa das geplante Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten nicht

ratifizieren und die Zollfreiheit für Agrarimporte aus der Ukraine nicht verlängern, verlangt der Landwirt: „Oder sie nimmt sich die von der Ampel liegengelassene Kartellrechtsreform wieder vor und zerschlägt die Monopole im Lebensmitteleinzelhandel. Aber bitte keine Wolkenkuckucksheime mehr, sondern ran an die ökonomischen Machtfragen!“



*Nachdem Green-Dealerin Ursula von der Leyen der Landwirtschaft "die Plünderung unserer natürlichen Lebensgrundlagen" bescheinigt hat, plant sie nun offenbar selbst eine Plünderung, nämlich die des Agrarhaushalts. Befinden sich die anderen Verbände in Schockstarre? Jedenfalls waren wir die ersten und sind nach wie vor die einzigen, die sich auf die Ankündigung der Kommissionschefin hin zur Zukunft der Agrarsubventionen positioniert haben mit klaren Forderungen.*

## **FREIE BAUERN zum EU-Haushalt ab 2028: Abbau von Agrarsubventionen nur, wenn der Außenschutz stimmt**

(12.10.2024) DIE FREIEN BAUERN haben den von der EU-Kommission erwogenen grundlegenden Haushaltsumbau ab 2028 mit radikalen Kürzungen im Agrarbereich als mögliche Diskussionsgrundlage bezeichnet. Kaum ein Landwirt sei glücklich mit der Ausgestaltung der Direktzahlungen in ihrer gegenwärtigen Form, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Allerdings darf der seit den Römischen Verträgen 1957 geltende Konsens nicht aufgekündigt werden, dass die Gemeinsame Agrarpolitik die Versorgung der Bevölkerung sichern sowie die landwirtschaftlichen Einkommen verbessern soll.“ Die bloße Reduzierung der Direktzahlungen würde dazu führen, dass Billigprodukte aus Übersee die europäischen Landwirte vom Markt drängen, befürchtet der 64jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Wenn die Subventionen fallen, brauchen wir deshalb einen wirksamen Außenschutz – nicht irgendwelche dubiosen Lieferketten-Zertifikate aus dem brennenden Regenwald, sondern konsequent überhaupt keinen Freihandel mehr mit Ländern, in denen die Landwirtschaft zu niedrigeren sozialen oder ökologischen Standards produziert als bei uns in Europa.“

Der auf ökonomische Stabilität ausgerichtete Kern der Europäischen Agrarpolitik sei in den vergangenen sechzig Jahren immer derselbe geblieben, indem das Preisgefälle zum Weltmarkt zunächst durch Zölle, später durch Subventionen auf Produkte und schließlich durch Subventionen auf die Fläche mehr oder weniger ausgeglichen wurde, beschreibt Wolff die Entwicklung: „Die Verknüpfung der Direktzahlungen mit angeblich ökologischen, oft jedoch sinnlosen Auflagen und Anreizen hat diese Logik allerdings zuletzt immer mehr untergraben. Umso wichtiger, sich wieder auf den Kern zu besinnen.“ Nach Einschätzung der FREIEN BAUERN sei das Subventionssystem mittlerweile geprägt durch hohen bürokratischen Aufwand, massive Bevormundung der Betriebe und zahllose nichtlandwirtschaftliche Profiteure drumherum. „Die Überlegungen der Kommission können daher eine echte Chance sein, wenn gleichzeitig die europäischen Landwirte vor unfairer Konkurrenz und die europäischen Verbraucher vor minderwertiger Ware geschützt werden“, argumentiert Wolff. Derzeit würden die Konsumenten von Lebensmitteln nichtmal über die Herkunft der darin verarbeiteten Rohstoffe informiert, können sich also nicht bewusst entscheiden.

Als notwendige Schritte zum Aufbau eines funktionierenden Außenschutzes verlangen die FREIEN BAUERN die Aufhebung der Zollfreiheit für Getreide, Mais und Ölsaaten aus der Ukraine, den Abbruch der Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten über zollbegünstigte Einfuhr von Rindfleisch, Geflügelfleisch und Zucker, die schrittweise Aufkündigung weiterer Freihandelsabkommen sowie insbesondere eine Reduzierung der Einfuhren von Soja für die Futtermittelindustrie. „Die ukrainische Konzernlandwirtschaft etwa arbeitet mit einem Mindestlohn von umgerechnet 1,20 Euro und mit hierzulande seit Jahrzehnten verbotenen Pflanzenschutzmitteln. Damit können und wollen wir nicht konkurrieren“, so Wolff. Angesichts einer krisengeschüttelten Gesamtwirtschaft und ernsthafter Versorgungslücken in Teilen der systemrelevanten Infrastruktur sollte die EU-Kommission nicht lediglich über Haushaltskonsolidierung nachdenken, sondern mindestens ebenso über die Konsolidierung unserer heimischen Landwirtschaft.“



*Den Stier bei den Hörnern packte unser Mitglied Henrik Winkler bei der Protestaktion am 2. Dezember auf dem Börsenplatz in Frankfurt am Main, symbolisch für die gegensätzlichen Interessen von Großkapital und Exportindustrie einerseits und Landwirtschaft andererseits. Überall in Europa protestierten Landwirte gegen das **Mercosur-Freihandelsabkommen**, das Ursula von der Leyen unbeeindruckt am 6. Dezember in Montevideo unterzeichnete. Am entscheidenden Tag, als nach Frankreich, Polen, Österreich und den Niederlanden auch Italien seine Ablehnung des Abkommens zum Ausdruck brachte, fragte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN gegenüber der Presse: "Wer stoppt endlich den Amoklauf von Konzernlobbyistin von der Leyen? Diese völlig überforderte Person, die schon als Arbeits- und Verteidigungsministerin eine Fehlbesetzung war, darf als Kommissionspräsidentin nicht länger unsere Wirtschaft ruinieren und den Zusammenhalt der Europäischen Völkergemeinschaft aufs Spiel setzen." Die nachfolgenden Pressemitteilungen dokumentieren unsere Argumentation, die wir zuletzt noch in einem Gespräch mit Unions-Generalsekretär Carsten Linnemann und dessen agrarpolitischen Sprecher Albert Stegemann vorgebracht haben, leider ohne Erfolg. Das Abkommen wurde von der Unions-Politikerin von der Leyen unterzeichnet. Seine Ratifizierung 2025 freilich ist noch lange nicht ausgemacht, und dass der Gegenwind auch in Deutschland stärker wird, daran wollen wir weiter arbeiten!*

## **FREIE BAUERN: Özdemir muss grüne Politik machen und das Mercosur-Abkommen stoppen**

(31.10.2024) Die FREIEN BAUERN haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir aufgefordert, den grünen Parteitagsbeschluss vom November letzten Jahres umzusetzen und sich in der Bundesregierung gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zu stellen. „Die EU-Kommission arbeitet trotz massiver Widerstände aus Frankreich und Österreich auf eine Unterzeichnung noch auf dem bevorstehenden G-20-Gipfel in Rio de Janeiro hin“, warnte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Sollte es tatsächlich nach 25 Jahren zu einem Abschluss kommen, trägt diese Bundesregierung die Hauptverantwortung – dann sind vor allem ihre unglaublichen grünen Minister schuld daran, wenn künftig 100.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Geflügelfleisch und 180.000 Tonnen Zucker aus dem brennenden Regenwald unsere Märkte fluten und unseren Betrieben schweren wirtschaftlichen Schaden zufügen.“ Dass dem Abkommen in der Endphase der Verhandlungen mit ergänzenden Nachhaltigkeitskapiteln noch ein grünes Mäntelchen umgehängt werden soll, mache es im Ergebnis nicht besser, kritisiert der 64jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Es führt im Gegenteil zu einer Doppelbelastung unserer Höfe durch Preisdruck einerseits und zusätzlich sinnlose Bürokratie.“

Beispielsweise müssten deutsche Rinderhalter aufgrund der im Zusammenhang mit dem geplanten Mercosur-Abkommen erlassenen EU-Richtlinie für entwaldungsfreie Lieferketten demnächst genauso wie ihre brasilianischen Kollegen in einer gesonderten Erklärung dokumentieren, dass für ihre Tiere kein Wald gerodet wurde – und das obwohl der Anteil des Waldes an der Gesamtfläche in Deutschland seit Jahrzehnten bei rund 30 Prozent liegt und aufgrund gesetzlicher Bestimmungen gar nicht verändert werden darf. „Glaubt Özdemir im Ernst, für brasilianische Rinderbarone stellt es ein Problem dar, einen Stempel für Entwaldungsfreiheit zu bekommen“, fragt Wolff und verweist auf die vorgerückte Platzierung des Landes im Korruptionsindex von Transparency international. Wahrscheinlich bedürfe es nichtmal dieser Mechanismen, argumentiert der Landwirt, wenn nämlich das Rindfleisch für den Export ganz einfach in Südbrasilien produziert wird und das Rindfleisch für den Eigenbedarf in den nördlichen Brandrodungsprovinzen. Wolff: „Das einzige, was wir für den Regenwald tun können, ist unser Essen selber zu erzeugen, durch eine starke heimische Landwirtschaft. Die ist Cem Özdemir aber offensichtlich egal – er macht Politik für internationale Konzerne und nicht für die Menschen im Land.“

### **FREIE BAUERN kritisieren: Geplantes Mercosur-Abkommen ist Wirtschaftspolitik von gestern**

(18.11.2024) Die FREIEN BAUERN haben die geschäftsführende Bundesregierung davor gewarnt, auf dem heute beginnenden G20-Gipfel in Rio de Janeiro ohne demokratische Legitimation Zusagen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten zu geben. „Das geplante Abkommen steht für eine Wirtschaftspolitik von gestern, passt nicht mehr in unsere Zeit“, sagte Alfons Wolff, Bundesspre-



cher der FREIEN BAUERN: „Angesichts weltweiter Krisen gewinnt die Selbstversorgung mit überlebenswichtigen Gütern an Bedeutung. Unsere heimische Landwirtschaft ist systemrelevant, sie darf keinesfalls durch Billigimporte aus den Agrarüberschussländern Südamerikas geschwächt werden.“ Angebliche Exportchancen für europäische Industrieprodukte auf den südamerikanischen Märkten seien nicht mehr als theoretische Zahlenspiele, argumentiert der 64jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Tatsächlich dürfen wir froh sein, wenn die derzeit unter steuerlicher Abgabenlast, bürokratischer Überregulierung, hohen Energiekosten und Fachkräftemangel ächzende europäische Wirtschaft überhaupt noch die Binnennachfrage bedienen kann.“ Für nebulöse Exportoptionen eine stabile heimische Versorgungsinfrastruktur zu beschädigen, sei verantwortungslos und zeuge nicht gerade von ökonomischem Sachverstand.

Das mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay geplante Freihandelsabkommen sieht zollvergünstigte Einfuhren von 100.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Geflügelfleisch und 180.000 Tonnen Zucker in die Europäische Union vor. Die FREIEN BAUERN hatten viele Jahre gemeinsam mit den Grünen und zahlreichen Umweltverbänden gegen das ökologisch widersinnige Vorhaben protestiert, erinnert Wolff: „Leider werden die multinationalen Konzerne, die sich vom Abkommen maximale Profite erhoffen, inzwischen von einer riesengroßen schwarz-gelb-rot-grünen Koalition unterstützt, landwirtschaftliche Belange spielen keine Rolle mehr.“ Wolff appelliert an die Politiker aller Parteien, diesen Irrweg zu beenden und statt hermmungsloser Globalisierung auf ökonomische Resilienz und ökologische Nachhaltigkeit zu setzen: „Unseretwegen braucht der Regenwald nicht zu brennen.“



## **FREIE BAUERN rufen zum Protest gegen Abschluss des Mercosur-Abkommens auf**

(30.11.2024) Die FREIEN BAUERN rufen dazu auf, sich an den für 2. Dezember geplanten Protesten gegen den von der Europäischen Kommission gerade massiv vorangetriebenen Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten zu beteiligen. „Die zollvergünstigte Einfuhr von zusätzlich 100.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Geflügelfleisch und 180.000 Tonnen Zucker ist ein Frontalangriff auf unsere heimische Landwirtschaft und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln“, sagte Thomas Frenk von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, der am Montag auf einer Demonstration auf der Europabrücke zwischen Straßburg und Kehl sprechen wird. In der EU werde die Produktion von regional und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln durch die im so genannten Green Deal festgelegten pauschalen Reduktionsziele schrittweise zurückgefahren, damit Billigimporte aus dem brennenden Regenwald die Lücken füllen können, kritisiert der 47jährige Milchviehhalter aus dem badischen Nonnenweier: „Der Green Deal mit sinnlosen Produktionsauflagen und der Big Deal mit Mercosur sind zwei Seiten derselben Medaille –



multinationale Konzerne machen Profit, Bauern und Verbraucher haben das Nachsehen.“ Überall in Europa wird gegen das Abkommen protestiert, besonders stark ist der Widerstand in Frankreich, Österreich und Polen. Für die FREIEN BAUERN sprechen übermorgen auch Peter Guhl beim Schloss in Schwerin und Henrik Winkler vor der Börse in Frankfurt am Main, außerdem finden Gespräche mit Spitzenpolitikern statt.

„Mercosur ist eines der ganz wenigen Themen, bei denen sich Bauernorganisationen und Umweltverbände einig sind“, verweist Frenk auf die in Deutschland breite zivilgesellschaftliche Ablehnung des Freihandelsabkommens. Ein Abschluss mit Zustimmung der ansonsten weitgehend handlungsunfähigen Bundesregierung hätte nicht nur für Ökonomie und Ökologie verheerende Auswirkungen, argumentieren die FREIEN BAUERN. Auch Europamüdigkeit und Politikverdrossenheit würden zunehmen und das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure schwinden. Frenk: „Die Grünen haben auf ihrem Parteitag vor einem Jahr ihr Nein zu Mercosur bekräftigt, jetzt küren sie mit Robert Habeck einen Spitzenkandidaten, der das Abkommen um jeden Preis durchdrücken will. Die Union hat mit Günther Felßner einen ausgewiesenen Gegner von Mercosur für das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers nominiert, gleichzeitig arbeitet Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Hochdruck auf einen Abschluss noch am 6. Dezember hin.“ Wenn bei einem so wichtigen Thema der Eindruck entsteht, dass nicht inhaltliche Argumente die Politik bestimmen, sondern der Einfluss des großen Geldes, nehme die Demokratie Schaden, befürchten die FREIEN BAUERN.

*Selbst bei dem einzigen Projekt, mit dem die Ampel landwirtschaftlichen Interessen entgegen kommen wollte, der Reform der **Milchlieferbeziehungen** durch Umsetzung des Artikels 148 der EU-Marktordnung, wird es in dieser Legislaturperiode kein Ergebnis geben. So hätte sich der Raiffeisenverband sein Gutachten auch sparen können, das wir trotzdem kommentiert haben – denn der Verordnungsentwurf, den Cem Özdemir Ende November vorgelegt hat, ist genauso chancenlos wie unbrauchbar. Ob das daran liegt, dass der grüne Minister nichts von Wirtschaft versteht oder ob in seinem Ministerium die Milchindustrie die Feder geführt hat, wer weiß? In unserer Stellungnahme konnten wir den Entwurf jedenfalls nur komplett ablehnen und dabei aufzeigen, wo wir beim nächsten Anlauf anknüpfen werden ...*

## **FREIE BAUERN weisen Raiffeisen-Studie zum Artikel 148 als dürftig und tendenziös zurück**

(18.10.2024) Die FREIEN BAUERN haben die heute vom Deutschen Raiffeisenverband vorgestellte Studie zur Umsetzung des Artikels 148 der EU-Marktordnung als armseliges Gefälligkeitsgutachten bezeichnet. „Das ist eine bessere Semesterarbeit – ein bisschen Sekundärliteratur zusammengestoppelt auf netto 25 Seiten, inhaltlich so dürftig und erkennbar tendenziös, dass es den verantwortlichen Professoren sogar zu peinlich war, ihren Auftraggeber aufzuführen“, urteilte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Die einseitige Festsetzung der Milchpreise durch die Molkereikonzerne werde als „marktwirtschaftliche Eigenlösung“ schöngeschrieben, kritisiert der 59jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen. Das Vorhaben der Bundesregierung, durch Einführung tatsächlich marktwirtschaftlicher Mechanismen die Milchproduzenten in der Wertschöpfungskette zu stärken, stellt die Studie hingegen als staatlichen Eingriff und überflüssig dar, so Guhl: „Aus Sicht der Molkerei-Chefetagen absolut nachvollziehbar, ich würde auch gerne ohne Risiko arbeiten und Verluste an meine Geschäftspartner weiterreichen. Das hat aber nichts mit Marktwirtschaft zu tun.“

Die mit allerhand Modellen und Berechnungen aufgeplusterten Seiten der Studie gehen am Kern der durch Artikel 148 ermöglichten Reform der Milchlieferbeziehungen vorbei, meint Guhl: „Es wird eingehend untersucht, welche ökonomischen Folgen es hätte, wenn der an die Molkerei A liefernde Milchviehhalter von der Molkerei A vor Lieferung seiner Milch ein Preisangebot erhalten müsste. Völlig außer Acht gelassen wird dabei die Option, dass der Milchviehhalter sich auch ein Preisangebot von den Molkereien B und C holen könnte.“ Genau dieser Wettbewerb um den Rohstoff Milch sei jedoch die entscheidende Auswirkung des Artikels 148, argumentieren die FREIEN BAUERN. Nicht nur die Milchviehhalter könnten mit vorab vereinbarten Preisen kalkulieren, auch die Molkereien müssten dann mit entsprechenden Einkaufskosten rechnen und ihre Vermarktung darauf ausrichten. Guhl: „Dass funktionierende Märkte sich dynamisch entwickeln, blenden die Professoren komplett aus und erwecken vielmehr den Eindruck, als bestünde unsere einzige Chance einer Marktteilnahme in Börsengeschäften. Wir Bauern sind aber Unternehmer und keine Zocker.“

In der von Raiffeisenverband, Genossenschaftsverband und Bauernverband bereits hinlänglich bekannten Art schüre die Studie Ängste vor einer Reform der Milchlieferbeziehungen, indem ein höherer Aufwand für Management, Bürokratie und Risikoabsicherung behauptet wird. „Rund 100 Millionen Euro würde der Artikel 148 die Branche kosten, die selbstverständlich bei uns Milchviehhaltern abgezogen werden sollen“, hat Guhl gelesen und kann darüber nur milde lächeln: „37 Milliarden Euro haben die 160 Molkereien im vergangenen Jahr umgesetzt, nur 14 Milliarden die über 50.000 Milchviehbetriebe. Um diese Zahlen geht es und darum, dass wir in Zukunft mitreden wollen, wie der Kuchen verteilt wird.“

## **Stellungnahme zum Entwurf einer ersten Verordnung zur Änderung der Agrarorganisations- und Lieferketten-Verordnung (Umsetzung Artikel 148 GMO)**

Sehr geehrter Herr Tholen (Bundeslandwirtschaftsministerium),

zunächst möchten wir festhalten, dass wir das Anliegen Ihres Hauses, eine Modernisierung der Milchlieferbeziehungen auf Grundlage des Artikels 148 GMO umzusetzen, ausdrücklich begrüßen. Der Artikel 148 GMO bietet eine Bandbreite an Möglichkeiten, die derzeit verkrusteten wettbewerbswidrigen Milchlieferbeziehungen aufzubrechen. Wir haben immer betont, dass dies kein Selbstzweck sein darf, es vielmehr darum geht, durch Wettbewerb um den Rohstoff Milch alle Beteiligten zu unternehmerischem Handeln zu veranlassen und damit zu einer marktgerechten Produktion mit dem Ergebnis besserer und weniger volatiler Erzeugerpreise. Aus der Bandbreite an Möglichkeiten bedarf es deshalb einer Vertragspflicht für ausnahmslos alle Milchlieferungen mit konkret bezifferten Mengen und Preisen. Der vorliegende Entwurf sieht diese einfache marktwirtschaftliche Lösung allerdings nicht vor. Statt dessen enthält er eine Angebotspflicht für einen Teil der betrieblichen Milchlieferungen mit entweder konkret bezifferten Preisen oder Berechnungsmodellen zur Preisfindung. Er ist in sich widersprüchlich, hochkompliziert und völlig wirkungslos und wird daher von den FREIEN BAUERN abgelehnt. Zu den Gründen unserer Ablehnung im einzelnen:

- In den Vorbemerkungen wird unter A als Ziel der Verordnung definiert, die Stellung der Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette zu stärken. Unter F wird festgestellt, dass sich die Kosten für die beteiligten Unternehmen (mit Ausnahme der durch die Kompliziertheit des Entwurfs verursachten Bürokratiekosten) nicht erhöhen. Damit stellt der Entwurf bereits in den Vorbemerkungen klar, dass das Ziel nicht erreicht wird und die

Verordnung wirkungslos ist. Worin soll denn die Stärkung der Milcherzeuger bestehen, wenn nicht in einer für sie günstigeren Verteilung der vorhandenen Wertschöpfung? Wenn sich aber bei den Molkereien die Einkaufskosten für den Rohstoff Milch überhaupt nicht erhöhen und zu einer vorausschauenden Form der Vermarktung Richtung Lebensmittel-einzelhandel zwingen, hat sich an der derzeit extrem schwachen Stellung der Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette als „Restgeldempfänger“ nichts geändert.

- Der § 23 b verpflichtet die Molkerei, ihren Lieferanten „bei Zustandekommen einer vertraglichen Beziehung“ ein Preisangebot zu machen. Ein Vertrag nach Artikel 148 GMO beinhaltet allerdings bereits Menge und Preis bzw. Preisberechnungsmodell, schon von daher ist eine Angebotspflicht widersinnig. Außerdem wird keine Option dafür vorgesehen, dass der Lieferant das Angebot ablehnt oder sich ein Angebot woanders einholt. Bei dem hier vorgesehenen Angebot handelt es sich offenbar um ein Angebot, das der Lieferant nicht ablehnen kann. Funktionierender Wettbewerb braucht andere Regeln.
- Der § 23 b begrenzt die Angebotspflicht zudem auf 80 Prozent der bisherigen Liefermenge des Lieferanten. Der Entwurf reagiert also auf den wettbewerbswidrigen Missstand, dass Preise gegenwärtig ausnahmslos nachträglich und einseitig von den Molkereien bestimmt werden, mit Regeln für eine Teilmenge. Allein schon diese Idee entbehrt jeder wirtschaftlichen Logik und zieht das gesamte Vorhaben ins Absurde.
- Der § 23 b sieht weiterhin – die Bandbreite an Möglichkeiten nutzend – eine Ausnahme für Genossenschaften vor. Das bedeutet, dass etwa zwei Drittel der in Deutschland produzierten Milch den Regeln nicht unterliegen sollen ... was letztlich unerheblich ist, weil diese ohnehin wirkungslos sind. Dennoch unterstreicht diese Klausel noch die fehlende Ernsthaftigkeit.
- In § 23 d wird eine Evaluierung des wirkungslosen Systems in sechs Jahren festgelegt. Das zementiert den Missstand über sechs Jahre. Selbst die von uns geforderte marktwirtschaftliche Lösung müsste engmaschig und zeitnah evaluiert werden, da sie von den Beteiligten viel Anpassung abverlangt. Als Zeitraum kommen daher maximal zwei Jahre in Frage.

Dass ein für die Zukunft einer großen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland so bedeutsames Anliegen wie die Modernisierung der Milchlieferbeziehungen auf Grundlage des Artikels 148 GMO so dermaßen unprofessionell, geradezu destruktiv umgesetzt wird, ist beispiellos in der Geschichte des Bundesministeriums. Spekulationen über die Gründe dafür verbieten sich im Rahmen dieser Stellungnahme. Auf jeden Fall sehen wir auf der Basis des vorliegenden Entwurfs keine Chance, das von uns – wie gesagt – ausdrücklich begrüßte und unterstützte Anliegen zu verwirklichen.

Mit freundlichen Grüßen  
Peter Guhl (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)





*Auf ein riesiges Biotopverbundsystem im Wartestand hat unser Mitglied Werner Kriegl bei einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag fünf Jahre nach dem unseeligen Volksbegehren „**Rettet die Bienen**“ hingewiesen. Würden alle Wegränder nicht mehr ständig gemulcht und breitverteilt, sondern – wie früher – nur bei Bedarf mit dem Mähbalken gemäht und abgefahren, so entstünde ein Netzwerk nährstoffarmer Biotope, dessen letzter Aufwuchs mit geringer Höhe auch noch im Winter Insekten eine geschützte Rückzugsmöglichkeit bieten würde, ohne dass die*

*Verkehrssicherheit beeinträchtigt wäre. Auf diese Idee ist freilich noch niemand gekommen, während das aufgrund Volksbegehren beschlossene Artenschutzgesetz massive Eingriffe in die Wirtschaftlichkeit der bäuerlichen Betriebe enthält. Grundsätzlich begrüßte Kriegl das Engagement auch der Landwirtschaft für Artenvielfalt und hob Förder- und Forschungsprogramme hervor. Gleichwohl sei die auf Agrarproduktion verengte Sichtweise beim Insekten-schutz nicht zielführend, kaum Erkenntnisse gebe es über die Einflüsse etwa von Mobilfunk, Mikroplastik oder Medikamenten. Der Vortrag des niederbayerischen Landwirts fand reges Interesse bei den Abgeordneten, ihm wurden die meisten Fragen gestellt.*

## **FREIE BAUERN entsetzt: Maria Furtwängler hetzt im Fernsehen gegen die heimische Landwirtschaft**

(01.10.2024) DIE FREIEN BAUERN haben den öffentlich-rechtlichen Medien vorgeworfen, durch einseitige und zusammenhanglose Berichterstattung den bäuerlichen Berufsstand immer wieder pauschal zu verunglimpfen. „Ausgerechnet zum Erntedankfest strahlt die ARD eine Dokumentation über das angebliche Ende der Insekten aus, in der die bekannte Schauspielerinnen Maria Furtwängler wie selbstverständlich unserer heimischen Landwirtschaft alle Schuld an der vermeintlichen Umweltkatastrophe in die Schuhe schiebt“, erobert sich Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Dass die von Furtwängler empfohlene Reduzierung der regionalen Produktion durch Verzicht auf Pflanzenschutzmittel zu einer erheblichen Versorgungslücke führen würde, spielt für die Tatort-Kommissarin offenbar keine Rolle, kritisiert der 53jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Hetze gegen Bauern kommt gut an in großstädtischen Mileus, wo man Natur und Insekten nur vom Hörensagen kennt, und sie passt zur politischen Großwetterlage, in der Lebensmittel künftig ohnehin vermehrt aus Brasilien oder der Ukraine importiert werden sollen.“

Beim Thema Insekten sehen sich die FREIEN BAUERN seit Jahren mit Behauptungen konfrontiert, die scheinbar seriös daherkommen, aber einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht ansatzweise standhalten, so Ehrenberg: „Das fängt damit an, dass Insektensterben nicht methodisch sauber definiert wird – mal handelt es sich um einen bloßen Rückgang von gewogener Masse, mal um eine Verringerung von Vielfalt.“ Immer gehe es allerdings um das Sterben von Bienen, Libellen und Schmetterlingen, nie um Stechmücken, Küchenschaben oder Kellerasseln, schon gar nicht um Rapsglanzkäfer, Getreideläuse oder Kirschfruchtfliegen, merkt der Bauernvertreter an. Auch werde ohne jede Evidenz vorausgesetzt, dass die Hauptverantwortung bei der Landwirtschaft liege, moniert Ehrenberg: „Aber keiner stellt die eigentlich naheliegende Frage, was sich denn in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten auch nur annähernd so gravierend zulasten von Insekten verändert hat wie die Zunahme von Versiegelung und Mobilität, von Lichtverschmutzung und Mobilfunkstrahlung.“

Angesichts der Vielzahl böswilliger Vermutungen und absurder Unterstellungen in den Medien seien sehr viele Berufskollegen müde geworden, noch mit Argumenten gegenzuhalten,

bedauert Ehrenberg: „Ich bleibe trotzdem Optimist und stelle im persönlichen Umfeld fest, dass immer mehr Nicht-Landwirte gerade solche Propaganda-Sendungen inzwischen kritisch hinterfragen.“ Gegen einen besonders krassen Fall sind die FREIEN BAUERN sogar vor Gericht gezogen und haben die Schauspieler Hannes Jaenicke und Sky du Mont verklagt, die im November 2022 in einer Radio-Bremen-Talkshow dreiste Lügen über die Behandlung der Kälber auf Milchviehbetrieben verbreitet haben. Ehrenberg: „Die Verfahren ziehen sich zwar in die Länge, aber damit haben wir schon gerechnet und lassen nicht locker.“

*Nach einem Wolfsangriff in seinem Stall schickte Peter Guhl eine emotionale Videobotschaft an Jaenicke und du Mont, die behaupten, Milchbauern würden ihre Kälber in Containern umbringen, der Wolf müsse aber unbedingt geschützt werden: 65.000 Aufrufe auf YouTube !!!*

## **FREIE BAUERN nach Wolfsattacke bei Peter Guhl: Fassungslos und hilflos vor dem Leid der anvertrauten Kreatur**

(05.11.2024) Peter Guhl, Mitglied der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, hat nach einer Wolfsattacke auf seinem Hof im mecklenburgischen Vorderhagen die von seinem Verband seit mehr als zehn Jahren erhobene Forderung nach jagdlicher Regulierung der Wolfspopulation bekräftigt: „Bundesumweltministerin Steffi Lemke blockiert nach wie vor die dringend notwendige Novelle des Naturschutzrechts und hält damit ihre schützende Hand über ein Großraubtier, das auf dem Lande Angst und Schrecken verbreitet, indem es immer mehr Schafe, Rinder und Pferde auf grausamste Weise tötet.“ In der Nacht zum Sonntag waren Wölfe in den Kälberstall des 59jährigen Milchviehhalters eingedrungen und hatten fünf Kälber bei lebendigem Leib soweit angefressen, dass sie eingeschláfert werden mussten, zwei weitere kämpften noch um ihr Leben. Guhl: „Durch die politisch gewollte Ausbreitung der Wölfe sind solche Geschehnisse in vielen Regionen Alltag geworden, die Öffentlichkeit ist abgestumpft, als Tierhalter versucht man, das zu verdrängen, und wenn man dann doch von der Realität eingeholt wird, steht man fassungslos und hilflos vor dem Leid der anvertrauten Kreatur.“



Dass die angeblich scheuen Wölfe sich inzwischen auch auf die Höfe trauen ist zwar nicht neu, aber das Eindringen in ein festes Gebäude durch eine schmale Türöffnung war für Guhl bisher jenseits des Vorstellbaren: „Hier zeigt sich die ganze Perspektivlosigkeit des Herdenschutzes – erst sollten wir an unseren Weiden höhere Zäune errichten mit mehreren stromführenden Drähten und diese aufwändig von Bewuchs freihalten, jetzt müssen wir offenbar auch unsere Ställe wolfsicher umbauen, am Ende wird die Politik uns wahrscheinlich noch empfehlen, die Dörfer nachts abzuschließen, damit nur dem faszinierenden Raubtier kein Haar gekrümmt werden muss.“ Die FREIEN BAUERN kritisieren, dass dieselben grünen Politiker und Tierschutz-Aktivisten, die Weidehaltung und Offenställe durchsetzen wollen, auf der anderen Seite genau diese Produktionssysteme dem Wolf ausliefern und damit unmöglich machen. Eine solche Politik sei an Heuchelei nicht zu überbieten, so Guhl.

## **FREIE BAUERN: Die EU hat verstanden, dass Wölfe geschossen werden müssen – Lemke begreift nichts**

(03.10.2024) DIE FREIEN BAUERN haben die von der Europäischen Union geplante Absenkung des Schutzstatus für den Wolf begrüßt und zugleich bezweifelt, dass Bundesumweltministerin Steffi Lemke die damit gewonnenen Spielräume zugunsten der dringend notwendigen jagdlichen Regulierung des Raubtiers nutzen wird. „Nach wie vor verweigert Lemke sogar die Übernahme des Artikels 16 (1) der FFH-Richtlinie ins deutsche Naturschutzrecht, wodurch Wölfe in der Nähe von Siedlungen und Viehweiden bereits heute geschossen werden könnten“, sagte Marco Hintze, Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg. Auf diese Weise werde die ökologisch vorteilhafte Weidetierhaltung etwa in Schweden oder Frankreich effektiv gegen Wölfe verteidigt, während hierzulande betroffene Landwirte immer noch ein kompliziertes Antragsverfahren durchlaufen müssen, bevor in seltenen Ausnahmefällen eine Abschussgenehmigung erteilt wird, bedauert der 52jährige Mutterkuhhalter aus dem havelländischen Krielow: „Für Lemke ist der Wolf ein Herrschaftssymbol grüner Ideologie – das Leid der Weidetiere, die Ängste der Tierhalter und der Verlust wertvoller Biotop in der Kulturlandschaft lassen sie offenbar kalt.“

Obwohl ein „regional differenziertes Bestandsmanagement“ im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, habe die Bundesregierung bislang keinerlei Bemühungen unternommen, die Ausbreitung der Wölfe wenigstens zu begrenzen, kritisieren die FREIEN BAUERN. Hintze: „Statt dessen erzählt Frau Lemke landauf landab ihre Märchen vom erfolgreichen Herdenschutz und den einzelnen Problemwölfen, auf die man besonders achtgeben müsse.“ Das Problem sei jedoch die ständig wachsende Anzahl der Raubtiere, europaweit inzwischen über 20.000, die keine natürlichen Feinde haben und dadurch jede Scheu verlieren, beklagt der Landwirt und fordert eine deutliche Reduzierung der Wolfspopulation. Dafür würden nach Absenkung des Schutzstatus durch die Europäische Union optimale Voraussetzungen bestehen, indem jedes Jahr Abschusspläne erstellt und umgehend jagdlich umgesetzt werden könnten. „Am Europarecht liegt es dann jedenfalls nicht mehr, wenn Frau Lemke in Deutschland einen vernünftigen Umgang mit dem Raubtier blockiert.“

Die FREIEN BAUERN warnen seit Jahren vor der Ausbreitung der Wölfe und den Folgen für Mensch und Natur: Schon 2013 protestierten sie gegen den Wolfsmanagementplan der brandenburgischen Landesregierung, 2018 machten sie mit der großangelegten Kampagne wolfsfreiezone.de auf die Bedrohung der naturnahen Weidetierhaltung aufmerksam.

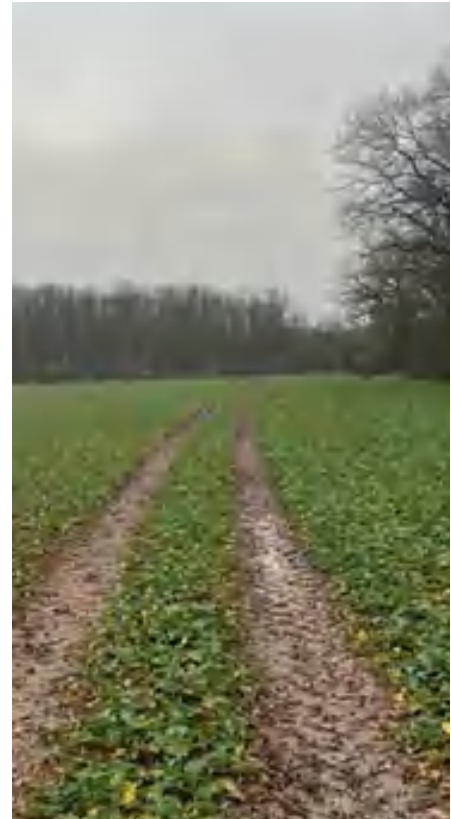
## **Stellungnahme zum Entwurf eines Niedersächsischen Agrarstrukturgesetzes**

Sehr geehrte Frau Rosenhagen (Niedersächsisches Landwirtschaftsministerium),

die FREIEN BAUERN Niedersachsen begrüßen Absicht und wesentliche Bestandteile des Entwurfs. Insbesondere stehen wir voll hinter den im Entwurf formulierten Zielen der Sicherung bäuerlicher Betriebe in der Hand selbständig Wirtschaftender, dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen und einer breiten Streuung des Eigentums. Das Agrarland Nummer eins Niedersachsen hat eine sehr gute Agrarstruktur, geprägt durch eine Vielzahl bäuerlicher Betriebe. Gerade weil wir noch nicht in dem Maße von Eigentumskonzentration und Investment außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger betroffen sind wie die östlichen Bundesländer, besteht die Chance, in Niedersachsen Einvernehmen über die gesetzlichen Leitplanken agrarstruktureller Entwicklung herzustellen und abzusichern.

Dies vorausgeschickt haben wir zu dem Entwurf folgende Anmerkungen, die wir als Ausgangspunkt für eine hoffentlich konstruktive Diskussion des Gesetzesvorhabens sehen:

- Das Leitbild ist nicht präzise genug formuliert. Es bedarf einer eindeutigen Definition des Personenkreises, der ohne Einschränkung Flächen erwerben darf, weil der Flächenerwerb eben keine agrarstrukturell nachteilige Verteilung des Grund und Bodens bedeutet. Begriffe wie „bäuerliche Betriebe“ oder „regional verankerte Betriebe“ sind gut gemeint, aber auslegungsbedürftig. Von unseren Berufskollegen aus Brandenburg wissen wir, dass mehrere tausend Hektar umfassende Agrargesellschaften sich gern als bäuerliche Mehrfamilienbetriebe bezeichnen. Regional verankert wiederum sind alle landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund ihrer Eigenschaft als Immobilie, hier handelt es sich um den klassischen weißen Schimmel. Die interessante Frage ist doch, wem sie gehören. Deshalb schlagen wir Ihnen für die Definition der positiven Erwerber folgende Formulierung vor: selbständige ortsansässige Landwirte. Aus der Selbständigkeit folgen hohe Leistungsbereitschaft und verantwortliches Handeln mit Blick auf die nächste Generation. Aus der Ortsansässigkeit folgen persönliche Verankerung und gesellschaftliches Engagement in der Region. Unter selbständige Landwirte verstehen wir natürliche Personen, die den Beruf des Landwirts selbständig ausüben, d. h. sowohl Inhaber von Einzelunternehmen als auch Gesellschafter von Personengesellschaften als auch in verantwortlicher Position tätige Teilhaber von juristischen Personen. Unter Ortsansässigkeit verstehen wir einen Hauptwohnsitz und einen Betriebssitz im Umkreis von nicht mehr als 25 km Entfernung zu den in Frage stehenden Flächen. Damit ist ein räumlicher Zusammenhang zum Erwerber grundsätzlich als vorhanden vorzusetzen.
- Auch die Versagungsmöglichkeit bei agrarstrukturell nachteiliger Anhäufung von Grundstücken muss nachgebessert werden. Das Vierfache der durchschnittlichen niedersächsischen Betriebsgröße ist für einen Ackerbaubetrieb im Haupterwerb auf schwachen Böden durchaus bereits die notwendige Flächenausstattung. Im Entwurf nicht konkret berücksichtigt ist das Verhältnis von Eigentumsflächen zu Pachtflächen, das wir gerade zugunsten der Stabilität der Betriebe verbessern sollten. Hierfür bedarf es klarer Vorgaben und nicht einer dem Ermessen des zuständigen Grundstücksverkehrsausschusses obliegenden Beurteilung. Deshalb schlagen wir vor, dass Landwirten oberhalb dieser Schwelle der Erwerb auch künftig nicht versagt werden darf, wenn deren Betriebe einen Eigentumsanteil unterhalb 75 Prozent aufweisen oder absehbar eine dem Kaufgegenstand nahekommende Größenordnung an Flächen verlieren.
- Bei der im Entwurf sehr freizügigen Genehmigung von Grundstücksgeschäften mit Nicht-Landwirten sehen wir einen klaren Widerspruch zum als Ziel formulierten Schutz landwirtschaftlicher Flächen. Dass der Flächenerwerb durch Kommunen im Bereich eines rechtsgültigen Bebauungsplans genehmigungsfrei ist, mag nicht zu verhindern sein, aber dass Kommunen Flächen bereits im Rahmen der Bauleitplanung, also ohne konkretes Bauvorhaben, uneingeschränkt erwerben können, halten wir angesichts des immensen Flächenverbrauchs durch oft genug fragwürdige kommunale Projekte für grundfalsch.



Genauso lehnen wir die pauschale Genehmigung für Flächenerwerbe ab, die dem Naturschutz dienen. Auch Grundstücksgeschäfte, die eine Enteignung vorwegnehmen, sollten nach unserer Auffassung nicht pauschal genehmigt werden, denn wenn tatsächlich ein überwiegendes öffentliches Interesse an einer Inanspruchnahme der Flächen besteht, bleibt den Interessenten ja der Rechtsweg. Nicht nachvollziehbar ist schließlich die Genehmigungsfreiheit von Flächenerwerben durch Religionsgemeinschaften, zumal diese nicht anders am Markt agieren als andere nichtlandwirtschaftliche Investoren. Ein Agrarstrukturgesetz sollte die überlebensnotwendige Ressource Boden gegen volkswirtschaftlich geringer wertige Ansprüche wie etwa Wohnen und Gewerbe, Verkehr und Freizeit, Energie und Naturschutz verteidigen.

- Dementsprechend möchten wir die Aufgaben der Siedlungsgesellschaft auf ihren agrarstrukturellen Kern begrenzt wissen: Wenn einem Grundstücksgeschäft die Genehmigung versagt wird, übt sie das Vorkaufsrecht aus, um die Flächen innerhalb eines definierten Zeitraums, maximal ein Jahr, zu den Konditionen des Kaufvertrags an einen aufstockungsbedürftigen erwerbsbereiten Landwirt weiterzuveräußern. Nicht in die Kompetenz einer Siedlungsgesellschaft fallen nach unserer Auffassung darüber hinaus gehende Immobiliengeschäfte, insbesondere Flächenbevorratung und Flächenspekulation oder Dienstleistungen für nichtlandwirtschaftliche Zwecke. Die derzeitige Vermischung agrarstruktureller und agrarferner Zielsetzungen in der NLG schadet der Landwirtschaft.

In diesem Sinne würden wir sehr gerne an einer Weiterentwicklung des Gesetzentwurfs mitarbeiten und hoffen sehr, dass es in Niedersachsen zu einem Agrarstrukturgesetz mit deutschlandweiter Vorbildwirkung kommt.

Mit freundlichen Grüßen (Cord Meyer, Landessprecher FREIE BAUERN Niedersachsen)



## **FREIE BAUERN legen Gutachten zum Moorschutz vor: Vernässung und Grünlandnutzung schließen sich nicht aus**

Die FREIEN BAUERN haben ihr Moorprojekt abgeschlossen. Mit der vom renommierten Hydrogeologen Stephan Hannappel seit Juni 2023 im ostfriesischen Niedermoor Fehntjer Tief durchgeführten Studie liegt erstmals ein umfangreiches wissenschaftlich erarbeitetes Gutachten zur Qualifizierung von Vernässungspotenzialen unter Beibehaltung einer landwirtschaftlichen Grünlandnutzung vor. „Viele aktuelle Planungen zum Moorschutz entbehren jeder fachlichen Grundlage, vor allem wenn Moorgrünland pauschal unter Wasser gesetzt und damit Klimaschutz betrieben werden soll“, beschreibt Projektreferent Fokko Schumann die Beweggründe der FREIEN BAUERN: „Dem können wir mit dem Gutachten jetzt beispielhaft eine fachlich fundierte Methodik entgegensetzen, wie sich die Eignung eines Standorts und die Wirksamkeit von Maßnahmen beurteilen lassen.“ Die Ergebnisse am untersuchten



Standort belegen, dass eine Bewirtschaftung des Moorgrünlandes mit herkömmlicher Technik und herkömmlichen Rinderrassen in vollem Umfang aufrechterhalten werden kann, auch wenn die Wasserstände durch gezielte Maßnahmen auf Teilflächen angehoben werden. Um die Ertragsfähigkeit des Grünlandes zu optimieren und Moorbodenverlust zu minimieren seien möglichst hohe Wasserstände von in der Vegetationsperiode zwischen 30 und 60 cm unter Flur anzustreben, argumentiert Schumann und wünscht sich von Politik und Verwaltung ein Umdenken: „Wir wirtschaften seit Jahrhunderten auf dem Moorgrünland und haben selber großes Interesse an der Erhaltung dieser wertvollen Böden, wir möchten aber als Partner ernstgenommen und nicht von den Flächen verdrängt werden.“

Bei dem Moorprojekt der FREIEN BAUERN wurde ein rund 180 Hektar großes Niedermoor untersucht, Kooperationspartner war der Landwirt Jens Soeken aus der am Fehntjer Tief gelegenen Gemeinde Timmel, der das Grünland mit vier bis fünf Schnitten intensiv nutzt. Erkundungsbohrungen bestätigten Torfschichten von bis zu sieben Metern Stärke, sechs Messstellen lieferten zwölf Monate lang täglich Aufschluss über die Entwicklung der Grundwasserstände in Abhängigkeit von den Niederschlägen und den Wasserständen der Oberflächengewässer. „Unsere Studie zeigt detailliert, wie das Moor auf das unterschiedliche Wasserangebot im Jahresverlauf reagiert – sie ermöglicht uns damit, standortspezifische Vernässungspotenziale abzuschätzen und wirksame Maßnahmen vorzuschlagen“, erläutert Schumann. Für das Untersuchungsgebiet waren dies vor allem eine Verfeinerung der Steuertechnik des vorhandenen Schöpfwerks zur Bewältigung von Starkniederschlägen sowie der Neubau einiger zusätzlicher Staue, um den Wasserrückhalt auf höher gelegenen Mooreteilen zu verbessern, außerdem kleinere Maßnahmen an dem durch Gräben geprägten Entwässerungssystem. Durch engagiertes Zusammenwirken der Bewirtschafter befindet sich das Moor bereits heute in einem vergleichsweise guten Zustand, so der Projektreferent der FREIEN BAUERN: „Insofern ist das Fehntjer Tief schon recht nahe an einem Ideal, von dem andere Moore noch weit entfernt sind, allerdings ist die Methodik dieselbe, wie man sich auf solider Datengrundlage diesem Ideal annähert.“ Diese Methodik stehe mit der 180 Seiten starken Ausarbeitung jetzt zur Unterstützung konstruktiver Vorhaben zur Verfügung.

In den kommenden Monaten wollen die FREIEN BAUERN mit interessierten Politikern und Verwaltungsfachleuten überall in Deutschland ins Gespräch kommen und ihr Moorprojekt vorstellen. Auch Mitgliedern des Verbandes, die von fachlich unsinnigen Vernässungsplanungen betroffen sind, soll die Studie helfen, eigene gutachterliche Stellungnahmen zu veranlassen. Schumann: „Unser Gutachten sehen wir als Beitrag zur Versachlichung einer bislang weitgehend ideologiegetriebenen Debatte und als einen starken Impuls für dringend notwendige Investitionen in echten Moorschutz.“

## **FREIE BAUERN zur EuroTier 2024: DLG verabschiedet sich von der Landwirtschaft**

(13.11.2024) Die FREIEN BAUERN haben mit Erstaunen auf die von der DLG auf ihrer gestern in Hannover eröffneten Messe EuroTier vorgestellte so genannte Feed & Food Show Inhouse Farming reagiert. „Hier präsentiert die traditionsreiche Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft neue Geschäftsfelder plakativ als Agrar- und Food-Systeme der Zukunft, die rein gar nichts mit Landwirtschaft zu tun haben“, wundert sich Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Durch Zellkultivierung im Labor hergestellter Fleischersatz, durch Präzisionsfermentation im Reaktor hergestellte Genmilch, durch Nährlösung und Kunstlicht bodenlos hergestellte Hochregalpflanzen – die auf der EuroTier in

englisch-deutschem Kauderwelsch hochgejubelten Verfahren finden alle in geschlossenen Räumen statt und benötigen kein Land mehr, begründet der 47jährige Milchviehhalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating, weshalb ihm der Messeauftritt den letzten Anstoß gegeben hat, seine Mitgliedschaft in der DLG zu kündigen: „Wenn die Zukunft der Landwirtschaft nach DLG-Auffassung nicht mehr auf dem Land liegt, fühle ich mich als Landwirt fehl am Platz in diesem Verein.“



Obwohl bäuerliche Betriebe schon immer modernste Produktionstechnik einsetzen sei der Kern von Landwirtschaft über Jahrtausende derselbe geblieben, argumentiert Petersen: „Wir erzeugen Agrarrohstoffe aus Bodenfruchtbarkeit, Sonnenenergie und menschlicher Arbeit.“ Auf diese natürliche Weise könnten hochwertige Lebensmittel weitaus kostengünstiger produziert werden als durch die von der DLG als innovativ ange-

gepriesenen industriellen Verfahren, die Unmengen an Energie verbrauchen und belastete Abfälle hinterlassen. Trotzdem würden große Konzerne versuchen, ihre künstlichen Lebensmittel in den Markt zu drücken, beobachtet Petersen und sieht den Wettbewerbsvorteil der Landwirtschaft aktuell durch politisch motivierte Auflagen und Abgaben geschmälert: „In so einer Situation eine Propagandashow für Laborfleisch, Genmilch und Fabrikgemüse zu veranstalten, schadet massiv unseren eigenen Interessen. Früher einmal war in der DLG die ökonomisch-naturwissenschaftliche Elite des Berufsstandes organisiert. Am Ende bleiben wahrscheinlich die übrig, die sich für besonders schlau halten.“

## **FREIE BAUERN bleiben hartnäckig: Gerichtsverfahren gegen Göttinger Agrarsoziologin soll fortgeführt werden**

(15.10.2024) Die FREIEN BAUERN gehen auch nach ihrer Niederlage in zweiter Instanz juristisch gegen die Göttinger Agrarsoziologin Janna Luisa Pieper vor, die sie und LSV am 7. Februar 2024 in einem NDR-Interview als „rechtspopulistische Vereinigungen“ bezeichnet hatte. „Erstens sind wir nicht rechtspopulistisch und zweitens kann sich Frau Pieper hier nicht auf die Meinungsfreiheit berufen, da sie ihre Diffamierung nicht etwa bei irgendeiner Zufallsumfrage des Senders in der Fußgängerzone ausgesprochen hat, sondern zu dem Thema ausdrücklich als Expertin der Universität Göttingen vorgestellt wurde“, begründet Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN: „In der konkreten Interview-Situation hat sie bewusst den Anschein erweckt, als würden ihrer Meinung wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde liegen.“ Weil genau dieses tragende Argument seiner Klageschrift im Urteil des Berufungsgerichts überhaupt nicht berücksichtigt wurde, hat jetzt der Rechtsanwalt der FREIEN BAUERN Stephan Stiletto eine so genannte Gehörsrüge eingelegt mit dem Ziel, das Verfahren gegen die Wissenschaftlerin fortzuführen. Jung: „Wir bleiben hartnäckig, denn hier geht es um eine grundsätzliche Frage, nämlich ob wir es hinnehmen müssen, dass vom Bauernverband unabhängige Bauernproteste pauschal als rechtspopulistisch diffamiert werden anstatt sich inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen.“

Tatsächlich hat Pieper weder in den Schreiben ihrer Anwälte wissenschaftliche Expertise zum Thema Rechtspopulismus vorweisen können noch hat die Universität Göttingen auf entsprechende Anfragen bisher reagiert. Dem Gericht reichte als Tatsachengrundlage für ihre

Äußerung bereits, dass die FREIEN BAUERN sich „mit plakativ vorgetragener Kritik an Bauerndemonstrationen gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung beteiligt“ hätten, beklagt Jung und hält dies für eine schwer wiegende Fehleinschätzung: „Landwirtschaftliche Forderungen sind nicht automatisch rechts und wer sie in verständlicher Sprache vorbringt ist auch nicht automatisch populistisch.“ Dem Interview im NDR-Fernsehen vorausgegangen war der sachliche Bericht über eine Demonstration von FREIEN BAUERN und LSV in Hannover, auf der die grüne Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte sowie Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien gesprochen hatten, so Jung: „Die darauf folgende Diffamierung durch Frau Pieper hatte keinen Bezug zu nichts, wurde durch nichts belegt und darf nach unserer Rechtsauffassung deshalb nicht wiederholt werden.“

*Nach Abweisung der Gehörsrüge haben die FREIEN BAUERN inzwischen Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt.*

*So wie hier in Brandenburg, wo sich auf den Betrieben Gerloff und Lemke in der Ostprignitz und zum Bauernstammtisch in einem schönen Dorfgasthof rund 80 Mitglieder versammelten, fanden diesmal in vier weiteren Regionen **Herbsttreffen** der FREIEN BAUERN statt: In Bayern mit einem Erntedankgottesdienst rund ums Feuerwehrhaus Körös, in Sachsen-Anhalt auf dem Betrieb von Harald und Petra Wolter-Klußmann, in Nordrhein-Westfalen mit Alfons Wolff und dem Agrarblogger Willi Kremer-Schillings (Bauer Willi) und schließlich für die Mitglieder in Nordostniedersachsen ein erstes Kennenlernen mit Peter Guhl und Fokko Schumann.*



## **Volles Programm für den Winter ...**

Herzlich willkommen zur Mitgliederversammlung der FREIEN BAUERN Brandenburg – auf dem Programm stehen eine Grundsatzrede von Bundessprecher Alfons Wolff sowie ein Gespräch mit Schriftstellerin Juli Zeh zum Thema „Bauern Regeln? Über den Umgang mit einer kleinen, aber unentbehrlichen Minderheit“ – am 12. Februar 2025 um 9:30 Uhr im Gasthof Schwanenkrug in Schönwalde-Glien. Herzlich willkommen zu den Winterversammlungen mit Reinhard Jung „Bauernprotest am Limit / Wann können wir es uns endlich wieder gemütlich machen?“ am 15. Februar um 18 Uhr im Prösslbräu Adlersberg in Pettendorf (Bayern), am 16. Februar um 18 Uhr im Sonnenhof in Denkendorf (Baden-Württemberg), am 20. Februar um 18 Uhr auf Mechthilds Diele in Erwitte-Seringhausen (Nordrhein-Westfalen), am 21. Februar um 18 Uhr in der Gaststätte Zum Löwen in Pohlheim-Grüningen (Hessen), am 26. Februar um 19 Uhr im Cafe Restaurant am Boxberg in Aukrug (Schleswig-Holstein) und am 27. Februar um 18 Uhr im Gasthof zur Linde in Achim-Bierden (Niedersachsen).

## **... und am 20. März 2025 treffen wir uns in Frankenhausen in Thüringen zu unserer Kundgebung „500 Jahre Deutscher Bauernkrieg: Erneuern – Gedenken – Versprechen“**

*Termin bitte unbedingt sichern, ggf. Übernachtung einplanen, vollständiges Programm wird im Januar versendet. Und nun wünschen wir allen Mitgliedern ein **gutes Jahr 2025**, Erfolg auf den Betrieben, Eintracht in den Familien und Frieden für unser Land!*

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.  
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

## Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: .....

Unterschrift: .....